

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Sohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllers St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Slangendorf, Thurm, Niedermüllers, Subschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Beste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 55.

Garntunungsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

Freitag, den 7. März

Verbreitung: 1000 Exemplare

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Preis 3 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. 40 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Str. 5b, alle Postämter Postboten, sowie die hiesigen Zeitungsverkäufer entgegen. — Inzerate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 20, für auswärtige Besteller mit 30 Pf. berechnet. — Anzeigenzeitung 60 Pf. — Fernsprechnummer Nr. 7. — Um amtlichen Zeilen kostet die zweispaltige Zeile 75 Pf., für Kundwache 90 Pf. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

## Lichtenstein.

Quark, D. L. M. R. Abschnitt 43, Nr. 1 bis 660 bei Dietrich, Nr. 661 bis 1296 bei Koch, Nr. 1297 bis 1936 bei Wagner, Nr. 1937 bis Ende bei Weisk. 90 Gramm 25 Pf.

## Lebensmittelverkauf in Callenberg.

Freitag, den 7. März. Eier, 1 Stück für 55 Pf. gegen Eierkarte Nr. 1 bis 350 vormittags 8 bis 9 Uhr.

Scholle, 1/2 Pfund für 75 Pf. gegen Lebensmittelkarte A. Nr. 1801 bis 2000 von vormittags 9 bis 10 Uhr.

Heringe, 1 Stück für 55 Pf. gegen Lebensmittelkarte B — Nr. 30 — gegen Vorlegung der Marke R der alten Lebensmittelkarte wird ein zweiter Hering geliefert. — Einwickelpapier mitbringen! Nr. 1 bis 500 vormittags 10 bis 11 Uhr, Nr. 501 bis 1000 vormittags 11 bis 12 Uhr, Nr. 1001 bis 1500 nachmittags 2 bis 3 Uhr, Nr. 1501 bis 2000 nachmittags 3 bis 4 Uhr, Nr. 2001 bis 2500 nachmittags 4 bis 5 Uhr, Nr. 2501 bis Schluß nachmittags 5 bis 6 Uhr.

Der Ortsnahrungsausschuß für Callenberg.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Gestern begannen in Spaa die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß die Alliierten entgegen den deutschen Wünschen, nicht die Absicht haben, über die gesamte Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu verhandeln, sondern die kleine, bereits versprochene Teillieferung von 270 000 Tonnen machen zu wollen. Unsere Unterhändler haben infolgedessen neue Instruktionen erhalten.

\* Der amerikanische Senat ist zu einem größeren Teile gegen den Völkerbund und für sofortige Friedensunterhandlungen mit Deutschland.

\* Die „D. A. Ztg.“ warnt die Entente, uns weiter Nahrung und Rohstoffe vorzuenthalten. Komme aus diesem Grunde in Deutschland der Bolschewismus, dann mache er nicht an unseren Grenzen halt.

\* Wilson und Lloyd George sind auf der Fahrt nach Paris.

\* Die englische Presse fordert die sofortige Aufhebung der Blockade, um die deutsche Gefahr zu beschwören.

## Die Reichsgesetze über Arbeiterräte und Sozialisierung.

Berlin, 5. März. Aus den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft und der Regierung ergaben sich für die nächste Zeit folgende gesetzgeberischen Absichten der Regierung:

### 1. Die Arbeiterräte.

a) Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Auflösung werden durch ein sofort zu veranlassendes besonderes Gesetz geregelt.

b) Für die einzelnen Betriebe sind Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

c) Zur Kontrolle und Regelung der Produktion u. Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbezweige Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellte und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken.

d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeiterräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentralarbeiterrat gebildet. In den Bezirks- und Zentralarbeiterräten sollen alle selbst Arbeit leistenden, auch die Arbeitgeber, freien Berufs usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbezweige heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten u. das Recht, solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

### 2. Arbeitsrecht.

Ein Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziele der Schaffung demokratisch-konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

### 3. Sozialisierung.

a) Der Bericht und die Vorschläge der Sozialisierungskommission werden sofort veröffentlicht.

b) Die Sozialisierungsgesetze und das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbewirtschaftung sind von der Reichsregierung und dem Staatsauschuß bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen werden unter Zuziehung von Sachverständigen und der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen.

### 4. Militärisches.

Alle nach dem allgemeinen Strafgesetz strafbaren Handlungen werden auch bei Militärpersonen den bürgerlichen Gerichten zugewiesen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angekündigt worden und wird mit Beschleunigung fertiggestellt werden.

### 5. Lebensmittelversorgung.

Die Regierung hat bereits angeordnet, daß die Lebensmittel unter Ausschaltung jedes unnötigen Zwischenhandels durch Vermittlung der Gemeinden an die Konsumenten verteilt werden. An der Verbesserung der Lebensmittelversorgung wird andauernd gearbeitet.

## 6. Sitzung der sächs. Volkstammer.

Dresden, den 5. März.

Nach Verlesung der Eingänge und Mitteilungen aus der Registratur wird zu Punkt 1 der Tagesordnung, allgemeine Vorberatung über die Vorlage Nr. 2, den Entwurf eines Gesetzes über Auswärteneinstellung der Mitglieder der Volkstammer betreffend, auf Antrag des Abg. Siedemann der Gesetzesentwurf dem Gesetzgebungsausschuß überwiesen.

Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Antrag Posern und Genossen, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen aus dem Auslande, sowie mit Kohlen und Betriebsstoffen betr.

Abg. Posern (Dem.) begründet den Antrag. Die Hoffnungen, die man auf die Kriegsgesellschaften zur Erzeugung von Gespinnstfasern gesetzt hat, hätten sich nur zum geringen Teil erfüllt. Das müsse besonders bei der Rohstoffversorgung für die Textilindustrie berücksichtigt werden, die auch in Zukunft fast ausschließlich auf ausländische Zufuhr angewiesen sein würde. Dasselbe gelte für die Metallindustrie, für die Papierindustrie usw. Sachgenüsse seine speziellen Interessen wirksamer als früher vertreten.

Sodann begründet Abg. Dr. Niethammer (D.P.) die beiden Interpellationen der Abg. Müller und Gen. über die Notlage der sächsischen Industrie und die Kohlennot Sachsens. Er geht auf die einschneidendsten und augenfälligsten Miß- und Notstände der Industrie ein und vertritt dabei entgegen der Sozialdemokratie die Aufrechterhaltung der Heimarbeit. Nachteilig für unsere Industrie sei die Einführung des Achtstundentages und die Sozialisierung. Den größten Anteil am Wiederaufbau unserer Industrie habe aber die Kohle. Die sächsische Regierung müsse ganz energisch dafür Sorge tragen, daß die in den Schächten vorhandenen Kohlenmengen doch endlich gefördert und der Industrie zugeführt würden. Zu der Interpellation des Abg. Beutler u. Gen., ebenfalls die Kohlenversorgung Sachsens betreffend führt Abg. Beutler (D.P.) aus, daß die Kohlenversorgung ebenso wichtig sei wie die Nahrungsmittelversorgung. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß unsere Industrie Kriegsgewinne gemacht habe. Die Preise seien nicht von unserer Industrie, sondern von den Staatsverwaltungen gemacht worden, und unsere Industrie verdanke die erzielten Gewinne lediglich ihrem rationellen Arbeiten. (Widerpruch links!) Beutler sei es, diese Kriegsgewinne der Industrie nicht des Landes zu besteuern, denn es könne nur im Interesse der Allgemeinheit sein, wenn unsere Industrie finanziell gestärkt in die Übergangswirtschaft einsteige.

Abg. Dreische (Soz.) erklärt: Der Rückgang der Kohlenförderung sei nicht auf die Einführung der Achtstundenschicht zurückzuführen. Die Streiks müßten überall ohne Anwendung von Gewalt beizulegen sein. Die Werksbesitzer sollten einmal zugunsten der Bergarbeiter auf ihre Dividenden verzichten.

Wirtschaftsminister Schwarz erwidert in Beantwortung der Interpellation: Die Industrie werde noch für längere Zeit mit Ersatzstoffen rechnen, besonders die Textilindustrie. Bei den Friedens- und Handelsverträgen müsse die sächsische Industrie ganz besonders behandelt werden. Die Heimarbeit habe so große Nachteile und Schwächen, daß die Regierung versuchen müsse, diese Arbeitsart zu beseitigen. Die Befürchtungen, daß der Industrie aus der achtstündigen Arbeitszeit große Schäden erwachsen könnten, seien übertrieben. Unsere Kohlenversorgung sei so schlecht, weil uns Ausfuhrverpflichtungen auferlegt sind, die wir zu erfüllen gezwungen werden.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellationen — Es liegen wiederum 10 Wortmeldungen vor, was den Präsidenten erneut zu dem Hinweis veranlaßt, daß es mit Reden allein nicht getan ist.

Abg. Schäfer (Unabh.) weist in der Ansprache nach, daß am Rückgang der Kohlenförderung nicht die Widerpenstigkeiten der Arbeiter schuld seien, sondern die Unternehmer selbst, und daß das einzige Mittel zur Lösung der Kohlenförderung die Sozialisierung der Bergwerke sei. (Zustimmung bei den Unabhängigen und Sozialisten.)

Abg. Lehniß (D.P.) schlägt der Kammer die Bildung von wirtschaftlichen Ausschüssen vor, um den Bedarf an Rohstoffmitteln festzustellen, und bittet, wirtschaftliche Sachverständige der Kammer als Beigeordnete auf die Friedenskonferenz zu entsenden.

Abg. Günther-Blauen (Dem.) spricht über die Veränderung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt während des Krieges. Die Vereinigten Staaten und Japan beherrschten mit ihren Erzeugnissen die ganze Welt. Ohne Beteiligung am Weltmarkt seien wir

nicht im Stande, unser Volk zu ernähren. Es müßte darum alles getan werden, daß sich Deutschland industriell wieder aufschwinge, u. dazu müsse man vor allem dem deutschen Großkaufmann freie Bahn lassen.

Hg. Graupe (Soz.) erklärt, die Kohlenversorgung sei nötiger als die Rohstoffversorgung und verlangt Einführung des Zwangsarbeitsnachweises im Bergbau.

Hg. Dr. Eckardt (N.) vertritt in seinen Ausführungen die Interessen der Bergwerksunternehmer, erkennt aber an, daß die Bergarbeiter im Prinzip ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan hätten.

Hg. Krause (Soz.): Die Kohlennot sei eine Folge der Kriegsverhältnisse im allgemeinen. Was die Bergarbeiterstreiks anbelange, so seien die Arbeiter in die Streiks hineingehört worden. In eine Debatte über die Bergarbeiterlöhne dürfe nicht eber gehat werden, bevor nicht auch die Lebensmittelpreise gefallen seien.

Der Antrag Posern wird hierauf einstimmig angenommen.

## Vom Streit

**Leipzig.** Das Angebot der sächsischen Regierung an die hiesigen A- und S.-Mite, daß der Volksbeauftragte Schwarz bereit sei, mit ihnen heute über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in Leipzig zu verhandeln, beantwortet die „Volkszeitung“ wie folgt: Die Arbeiter wollen nicht die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in dem Sinne, wie es die von den Rechtssozialisten unterstützte Bourgeoisie wünscht, sondern sie verlangen nach der Sozialisierung des Wirtschaftslebens, nach der Herstellung eines sozialistischen Gemeinwesens und das ist nicht allein eine sächsische Angelegenheit, geschweige denn, daß diese Frage in Leipzig allein gelöst werden könnte. Wenn also Verhandlungen geführt werden sollen, so wird das nur auf der Grundlage geschehen können, daß die sächsische Regierung sich verpflichtet, für die Erfüllung der Forderungen der Leipziger Arbeiterkraft mit aller Kraft einzutreten.

**Leipzig.** Die Streiklage scheint sich immer mehr zuspitzen. Die Streikleitung fordert in aufreizenden Anschlügen an den Platfäulen die Erbitterung des Bürgertums immer mehr heraus. Der Bürgerausschuß fordert auch seinerseits das Bürgertum zum Auslaufen auf und weist auf die Ungerechtigkeiten der neuen Regierung hin. In Schkeuditz sind Schützengräben aufgeworfen worden. Die Arbeiter wurden im Volkshaus bewaffnet.

**Leipzig.** Dem Leipziger Großen A- und S.-Rat, der am Mittwoch eine Sitzung abhielt, wurden folgende Forderungen der Streikenden zur Beschlußfassung vorgelegt:

1. Nur die von der arbeitenden Bevölkerung gewählten Arbeiter- und Soldatenräte haben die gesetzgebende und ausführende Macht. 2. Organisation des Wirtschaftslebens liegt in den Händen der Betriebs- und Wirtschaftsräte, welche die Sozialisierung durchzuführen haben. 3. Nationalisierung der Lebensmittel durch die Arbeiterräte. Der engere Ausschuß der A- und S.-Mite hat sich bereits einstimmig auf den Boden dieser grundsätzlichen Forderungen gestellt. Die Streiklage ist weiter unverändert.

### Die Lotteriezichung verschoben.

Leipzig, 5. März. Die Streiklage ist auch heute noch unverändert. Der Arbeiter- und Soldatenrat

und die Zentralstreikleitung der Arbeiter haben beschlossen, daß keinerlei Ausweise mehr nach auswärts ausgestellt werden. Ebenso dürfen Automobile und andere Beförderungsmittel Leipzig nicht mehr verlassen. Die Ziehung der Sächsischen Landeslotterie ist infolge technischer Schwierigkeiten bis auf weiteres verschoben worden.

Leipzig. Das Reichsgericht hat heute beschlossen, seine Verhandlungen bis auf weiteres auszusetzen, da die Anwälte vielfach keine Gelegenheit haben, mit ihren auswärtigen Klienten zu verkehren.

**Berlin.** Hier ist keine Meinung für den allgemeinen Generalstreik vorhanden. In vielen Betrieben erklärt sich die Mehrheit der Arbeiter gegen den Streik auch die Angestellten und Geschäftsleiter der Kriegsorganisationen sind weder für den Generalstreik, noch für den Gegenstreik. In den letzten Tagen haben Plünderer in den Geschäften arg gekauft u. a. sind für mehrere Millionen Schmuckfachen geraubt worden. Die militärische Leitung beurteilt die Lage, geküßt auf das große Machtausgebot, durchaus zuversichtlich. Bemerkenswert ist, daß auf dem Parteitag der unabhängigen Sozialdemokraten sich ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen Barth und Haase ergeben haben. Die von Barth geforderte Diktatur des Proletariats wird natürlich von der Regierung nach wie vor abgelehnt.

### Aus den übrigen Orten des Reiches

lauten die Nachrichten ebenfalls günstiger. In Hamburg, Emden, Königsberg, Breslau und Oberschlesien herrscht Ruhe. In Kiel haben sich die Vertrauensleute und Obleute der großen Betriebe einmütig gegen den von den Spartakisten angelegten Generalstreik erklärt. In Magdeburg und Hannover hat die Agitation der Spartakisten, die sich auf die Arbeitlosen stützt, noch keine Erfolge gehabt. In Rheinland-Westfalen wird auf einigen Beichen gestreikt, weil die Bergleute hoffen, daß die Streiktage doch bezahlt werden. — In einzelnen Zechen des Obener Reviers sind die Belegschaften wegen Lohnforderungen erneut in den Ausstand getreten und die Geantzahl der Ausständigen im Ruhrgebiet beläuft sich auf 7500 Mann.

**Halle a. S.** Die hiesigen Eisenbahner hielten gestern eine Versammlung ab, und beschlossen, erst dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die Regierungstruppen Halle verlassen haben. Sonach besteht keine Aussicht, daß der Eisenbahnverkehr sobald wieder aufgenommen wird. Das Elektrizitäts- und das Gaswerk sind erneut stillgelegt worden. Im Bergbaubezirk ist mit dem Erkaufen der Schächte, besonders der Kaligruben, zu rechnen. Wenn die Arbeit im Montebau: Kupferberg u. nicht bald wieder aufgenommen werden kann, wird dieser an Jahre hinaus gesperrt und Deutschland seiner einzigen inländischen Kaliquelle beraubt.

## National-Versammlung.

Weimar, 5. März 1919.

In der heutigen Sitzung entspann sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion über die Zustände in der Provinz Posen, zu der eine ganze Anzahl Redner das Wort nahmen und zum Teil energische Verwahrung gegen das Verhalten der Polen einlegten. Im folgenden seien hierzu die Ausführungen des Reichsministers Erzberger wiedergegeben, die diese Frage eingehend beleuchteten:

General Dupont hat erklärt, daß, um Verletzungen der Demarkationslinie zu verhindern, alliierte Offiziere entsandt

werden sollen. Er hat sich weiter verpflichtet, für die Durchführung des Schutzes der Bewohner innerhalb der Demarkationslinie einzutreten. Die alliierten Regierungen werden gegen polnische Übergriffe einschreiten. Alle Geiseln sollen freigelassen werden. Sobald die Einstellung der Feindseligkeiten durchgeführt ist, wird der ungehinderte Eisenbahn- und Schiffsverkehr in der Provinz Posen wieder aufgenommen werden. Es ist zu hoffen, daß wir aus dem besetzten Gebiet im Osten landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten können, da auch polnischerseits wegen der großen Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen in Polen sich ein reger Warenaustausch entwickeln muß. Die Regierung tut alles, um die Not unserer Landsleute in der Ostmark zu lindern. Die Zusagen der Alliierten, daß die Polen die Demarkationslinie nicht überschreiten dürfen und die Geiseln freilassen müssen, sind Inhalt des Waffenstillstandsabkommens, wenn sie auch aus formellen Gründen nicht in ein Protokoll aufgenommen wurden. Gegenüber der Befürchtung, daß die polnische Bewegung auf Westpreußen übergreifen würde, gebe ich zu bedenken, ob nicht gerade die Festsetzung der Demarkationslinie einen Schutz dagegen bietet. Es ist jetzt Aufgabe der wehrfähigen Jugend, besonders in der Ostmark, ihre Heimat mit aller Kraft zu verteidigen. Ich hätte gewünscht, daß die preussische Außenpolitik schon früher den Grundrechten des polnischen Volkes besser gerecht geworden wäre, die Situation wäre dann für uns heute viel günstiger. Die neue preussische Regierung hat erst sehr spät den Versuch machen können, berechtigten polnischen Wünschen Rechnung zu tragen. Einer der wichtigsten Programmpunkte der deutschen Regierung zum Friedensschluß ist der Schutz der nationalen Minderheiten. Diese Forderung wird am besten dadurch begründet, daß wir den bei uns wohnenden nationalen Minderheiten dieselben Freiheiten gewähren, welche wir für unsere deutschen Volksgenossen in anderen Ländern verlangen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

## Die Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot.

Eine für die Allgemeinheit außerordentlich wichtige neue Verordnung der Reichsregierung ist die zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919. Sie ordnet für Bezirke, in denen sich ein dringendes Bedürfnis nach Klein- und Mittelwohnungen zeigt in der Uebergangszeit nach dem Kriege herausstellt, schleunigste Abhilfe an. Es sind daher die Landeszentralbehörden verpflichtet, zur schnelleren Durchführung der Unterbringung obdachloser Familien Bezirkswohnungs-Kommissionen zu bestellen. Dieser Vorbericht ist das sächsische Ministerium des Innern durch Ausführungsverordnung vom 31. Januar 1919 nachgekommen, worin es zum Bezirkswohnungs-Kommissionar für das Gebiet der Stadt Dresden den Stadtrat Köppen (Dresden, Neues Rathaus), für die übrigen Teile der Kreisshauptmannschaft Dresden den Baurat Mittelbach bei der Kreisshauptmannschaft Dresden bestellt hat.

Der Bezirkswohnungs-Kommissionar ist mit ganz bedeutender Machtbefugnisse ausgestattet. So kann er, wenn Bauland in passender Lage zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung steht, für Klein- und Mittelwohnungen Grundstücke gegen angemessene Entschädigung enteignen. An Stelle der völligen Enteignung des Eigentums kann der Bezirkswohnungs-Kommissionar auf Antrag des Eigentümers auch die Befreiung des Grundstücks mit einem Erbbaurecht auszusprechen und hierbei einen angemessenen Erbbauzins festsetzen. Weiter kann der Bezirkswohnungs-Kommissionar zur Bereitstellung des für Behelfsbauten, wie Solkhäuser, Leihbauten und Baracken, nötigen Geländes an Stelle der Enteignung eine Zwangsverpachtung für gemessenen jährlichen Pachtzins auszusprechen. Zur Beschaffung von Baumaterialien kann der Bezirkswohnungs-Kommissionar die in seinem Bezirk liegenden Ziegeleien zur Wiederaufnahme des

## Wenn zwei sich lieben

Roman von Hedwig Courths-Mahler.  
Amerikanisches Copyright by Altklein & Co.

37. Nachdruck verboten.  
„Bitte, quälen Sie mich nicht“, hauchte sie und sah blaß aus wie eine Sterbende.

Er ließ die Zähne zusammenbeißen.

„Sich Sie quälen? Tue ich das? Ja — ich weiß es. Und das ist das Furchtbarste für mich, daß ich das tun muß. Ich, der ich Ihnen die Hände unterbreiten möchte, muß Ihnen fortgesetzt wehe tun. Ich brauche nur in Ihre Nähe zu kommen, dann bereite ich Ihnen Qual, und doch zieht es mich immer wieder mit Allgewalt zu Ihnen.“

„Sie, die noch etwas erwidern konnte, kamen Fürst Egon und die Komtesse herbei.“

Lottemarie saß sich mühsam und ging der Komtesse entgegen, um sie zu begrüßen. Es geschah in der unsicheren, bekümmerten Art, die sie ihr gegenüber stets zeigte. Und die Komtesse neigte das Haupt und sah Lottemarie feindselig an.

Sie aber war klar — dieser eifersüchtige Groll der Komtesse entsprang nicht einer großen Liebe zu ihrem Verlobten. Zwischen diesem Brautpaar gab es keine Liebe. War die Komtesse wirklich eifersüchtig? Dann entsprang diese Eifersucht nur getränkter Eitelkeit. So hatte Lottemarie bisher gemeint. Aber heute sollte sie plötzlich anderer Meinung werden, wenn sie eine Vermutung in ihr aufkeimte, die ihr das Wesen der Komtesse in einem anderen Lichte zeigte und ihr half, diese besser zu verstehen.

Als Graf Günter und die Komtesse hineingegangen waren, um die Fürstin und Major von Dorned zu

begrüßen, war Fürst Egon auf der Terrasse zurückgeblieben. Er stand wieder an die steinerne Mauer gelehnt und blickte gedankenverloren in die Ferne.

Lottemarie hatte sich, um einige Minuten allein zu sein und sich fassen zu können, hinter eine hohe Pflanzengruppe zurückgezogen. Dort wurde sie von niemand gesehen, konnte aber die Terrasse ganz überblicken.

Nach einer Weile trat die Komtesse wieder heraus. Sie sah Lottemarie in ihrem Versteck nicht und erblickte nur den Fürsten, der von ihr abgewandt an der Brüstung lehnte.

Und da bestelten sich Moras Augen mit einem so heißen, leidenschaftlichen Ausdruck auf Fürst Egon, daß Lottemaries Herzschlag plötzlich stockte. Mit großen Augen sah sie durch die Läden der Blattpflanzen zu der Komtesse, deren Blicke sehnsüchtig zu dem Fürsten hinüberglühten. Wie von einem mächtigen Gefühl überwältigt, lehnte sich die Komtesse an die Umarmung der Tür und presste die Hände fest auf das Herz. Und in ihrem Antlitz malte sich so deutlich ein leidenschaftlicher Schmerz, ein so heißes Sehnen, wie es Lottemarie in noch keines Menschen Antlitz gesehen hatte.

Und dies Empfinden galt nicht dem Verlobten — sondern Fürst Egon.

Diese Erkenntnis lähmte Lottemarie. Sie sah wie gebannt in ihrem Versteck.

So verging eine ganze Weile. Lottemarie wußte nicht, wie lange diese stumme und doch so ausdrucksvolle Szene währte. Ihr Herz klopfte dumpf und schwer.

Endlich wandte sich Fürst Egon um, die Komtesse suchte zusammen und zwang einen ruhigen Ausdruck in ihr Gesicht. Der Fürst erblickte sie.

„Ich bitte um Verzeihung, gnädigste Komtesse. So sehr war ich im Anschauen, dieses herrlichen Landschaftsbildes verfunken, daß ich Ihr Herausretren nicht bemerkte“, sagte er.

Die Komtesse trat zu ihm.

„Ich bewundere ebenfalls die schöne Aussicht. Durchlaucht. Trollich liegt doch am schönsten von allen Schlössern der Umgegend.“

So plauderten die beiden zusammen. Das Gesicht der Komtesse war wieder ruhig und gelassen. Aber Lottemarie sah auf dem Grunde ihrer Augen noch die heißen Lichter schimmern. Sie konnte nicht verstehen, was für eine Entdeckung sie soeben gemacht hatte.

„Sie liebt Fürst Egon. Auch sie ist unglücklich“, dachte sie und fröstelte im hellen, warmen Sonnenlicht.

Und nun wußte sie, welchem Umstand der eifersüchtige Groll galt, mit dem ihr die Komtesse begegnete. Sie hatte sicher bemerkt, daß Fürst Egon ihr ein wärmeres Interesse entgegenbrachte. Diesem Umstand galten die heimlichen Anfeindungen der Komtesse, die sie sich bis jetzt nicht hatte erklären können.

Diese Erkenntnis brachte Lottemarie eine leise Erleichterung. Und doch war ihr das Herz auch wieder mit einer neuen Last beschwert.

Wie traurig ist es, wenn ein Herz das andere im Liebe und Sehnsucht sucht und es nicht finden kann, dachte sie. Und eine trostlose Erschöpfung kam über sie. Wie sinnlos war das alles!

(Fortsetzung folgt.)

cht, für die  
erhalb der  
Regierungen  
Alle Gesehn  
stellung der  
inderte Eisen-  
Bosen wieder  
bit aus dem  
Erzeugnisse  
der großen  
en in Polen  
muß. Die  
landsleute in  
litten, daß  
eiten dürfen  
des Wesseln  
Gründen  
Gegenüber  
g auf West-  
en, ob nicht  
einen Schug  
wehrlöhnen  
at mit aller  
e preußische  
s polnischen  
ation wäre  
e preußische  
en können,  
zu tragen.  
in Regierung  
en Minder-  
begündet,  
inderheiten  
für unsere  
verlangen.

lich wich-  
ig ist die  
not vom  
in denen  
und Mit-  
nach dem  
Es sind  
schiet) zur  
obdach-  
e zu Be-  
Ministe-  
ordnung  
es zum  
der Stadt  
ues Rat-  
phmann-  
er Kreis-

ganz he-  
So kann  
nennen  
ein- und  
nennete  
pölligen  
ohnung  
h die Be-  
cht aus-  
Erbbau-  
ohnungs-  
helfsbau-  
ken, wo  
Zwang  
ns aus-  
nen kann  
em Be-  
inc des

Domtelle  
Ausdruck  
esse. So  
Land-  
strecken

usicht.  
en von  
Wesicht  
Über  
noch die  
verfess-  
t hatte  
stlich".  
ontent

eifer-  
begeg-  
on ihm  
m Um-  
Kom-  
innen-  
ke Er-  
wieder

Betriebes anhalten oder sie im Weigerungsfalle be-  
schlagnahmen und den Betrieb an einen Dritten  
übertragen. Er darf Holzbestände aus Forsten ge-  
gen angemessene Entschädigung enteignen, ebenso  
Lehm, Kies, Sand, Bruchsteine und dergleichen. Die  
Ausführung aller von ihm nicht für nötig erachteten  
Bauarbeiten, insbesondere Luxusbauten, kann der Be-  
zirkswohnungskommissar überhaupt verbieten.  
Schließlich hat er noch das wichtige Recht, zur  
Durchführung von Bauvorhaben Befreiungen von  
bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften, Verord-  
nungen, Ortsstatuten, und Bauordnungen einzutreten  
zu lassen. Gerade hierdurch wird er die Herstellung  
von Klein- und Mittelwohnungen außerordentlich  
fördern können.

Die Verordnung sieht auch ein für einfache und  
schnelle Durchführung seiner Vorschriften gezieltes  
Verfahren vor: alle Entscheidungen des Bezirkswoh-  
nungskommissars erfolgen durch formlosen Bescheid.  
Natürlich muß er vor seiner Maßnahme den von  
ihm Betroffenen und der Gemeinde Gelegenheit zur  
Auseinandersetzung geben. Der Bescheid des Bezirkswoh-  
nungskommissars ist unanfechtbar mit der Ausnahme  
daß gegen die Höhe der von ihm festgesetzten Ent-  
schädigung binnen einem Monat von der Zustellung  
ab die Entscheidung des ordentlichen Gerichts ange-  
rufen werden kann.

Alle diese Vorschriften sollen aber nun nicht den  
Anschein erwecken, als ob der Bezirkswohnungskom-  
missar zur Behebung der Wohnungsnot bedenken-  
los Eingriffe in die Rechte Dritter vornehmen könne.  
Die bereits oben erwähnte Ausführungsverordnung  
des sächsischen Ministeriums des Innern befaßt ge-  
rade in dieser Hinsicht, es erwartet, daß die Bezirks-  
wohnungskommissare in notwendigen Fällen tat-  
kräftig eingreifen, sich dabei aber auch der großen  
Verantwortung bewußt seien, die ihnen übertragen  
sei, und nicht außer acht lassen, welche schwereren  
Eingriffe ihre Maßnahmen in wohlverordnete Rechte  
dritter Personen darstellen. Es wird hiernach dar-  
auf ankommen, den Mittelweg zwischen den der  
Notlage entsprechenden Bedürfnissen und den Rech-  
ten dritter Personen zu finden. Hieraus entspringt  
aber auch die Verpflichtung dieser Dritten, der je-  
rigen Wohnungsnotlage und den durch sie hervor-  
gerufenen Vorschriften der neuen Verordnung vollen  
Berkendnis entgegenzubringen und — vielleischt  
manchmal unter Hintansetzung eigener Interessen —  
mitzuhelfen an der Förderung des Wohls der Ge-  
meinschaft.

## Deutsches Reich.

**Berlin.** (Regierung und Räte.) W. T. B.  
meldet: Wir wir zuverlässig hören, haben die bis  
in die späten Abendstunden andauernden Verhand-  
lungen zwischen den Vertretern der Räte. Mehr-  
heitssozialisten und dem Kabinett einen befriedigen-  
den Verlauf genommen. Die Arbeiterabordnung  
ist noch in der Nacht nach Berlin zurückgekehrt,  
um die Vorschläge der Regierung den streikenden  
Arbeitern zur Genehmigung vorzulegen. Wie ver-  
lautet, sollen sich die Vorschläge in der Richtung  
der Verankerung der A- und S-Räte in der Ver-  
fassung bewegen. — Also ein Nachgeben der Re-  
gierung entgegen dem Verfassungsentwurf.

(Die Sozialisierung der Kohle.) Wie wir er-  
fahren, wird das Gesetz über die Sozialisierung des  
Kohlenhandels mit einem Sachverständigenrat be-  
raten werden. Dieser Sachverständigenrat ist als  
Vorläufer des Reichskohlenrates zu betrachten, der  
die ganze Kohlenwirtschaft leiten soll. Der Rah-  
men des Gesetzes läßt für viele Vorschläge der  
Kommission noch Raum.

(Blutige Zusammenstöße zwischen Tschechen  
und Deutschen.) Bei den gestrigen Kundgebungen  
in verschiedenen Städten Deutschböhmens ist es zu  
blutigen Zusammenstößen zwischen den Deutschen  
und Tschechen gekommen. Die tschechischen Truppen  
schossen in die Deutschen hinein. In Karlsbad  
wurden drei Deutsche getötet, 18 schwer verletzt.  
Das Schnellfeuer der Tschechen dauerte zehn Mi-  
nuten. In Eger gab es ebenfalls mehrere Ver-  
wundete. Auch in Mähren kam es zu Zusammen-  
stößen, bei denen in Sternberg 10 Deutsche getötet  
wurden.

(Die Tschechen lehnen die Zahlung der Kriegs-  
schuld ab.) Der Vertreter der tschechischen Repu-  
blik hat in der gestrigen Verbandskonferenz namens  
seiner Regierung jede Verhandlung über die  
von dem Verbaude geforderte Zahlung der Zins-  
scheine der österreichischen Staatsschulden abgelehnt.  
Er erklärte, daß die tschechische Republik die Be-  
zahlung sowohl der im Kriege gemachten Schulden  
als auch der Zinsen für die Vorkriegsschulden ver-  
weigere.

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 6. März 1919.

— **Jeglicher Postverkehr mit Leipzig un-  
terbrochen.** Das hiesige Postamt teilt uns mit,  
daß seit Mittwoch auf Beschluß des A- und S-Rates  
der Kraftwagenverkehr von Leipzig mit Gutsowitz,  
Kurzen und Liebertvitz aufgehoben worden ist,

so daß eine jegliche Postverbindung mit Leipzig un-  
terbrochen ist.

— **Hauptversammlung des Kinderhort-  
vereins.** Auf die morgen abend in Stadt Dres-  
den stattfindende Hauptversammlung des Kinder-  
hortvereins wird nochmals besonders hingewiesen.  
Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ist sehr er-  
wünscht, da es sich um ev. Auflösung des Vereins  
und Verfügung über sein Vermögen handelt.

— **Eine Verordnung über Lehreraus-  
schüsse** vom 26. Februar 1919 veröffentlicht das  
Ministerium des Kultus und öffentlichen Unter-  
richts. Die Verordnung über Beamtenauschüsse  
und Dienstaufsicht vom 25. Januar 1919 — Ver-  
ordn.-Blatt S. 22 Nr. 44 — findet auf die Schulen  
sinngemäße Anwendung. Demnach sind an den  
Schulen aller Gattungen Lehrerausschüsse zu bilden.  
Als Vorstand der Dienststelle gilt der Leiter der  
Schule.

— **Zu besetzen:** (vorbehaltlich ihrer Genehmi-  
gung durch das Ministerium) 2 zu errichtende neue  
Lehrerstellen in Hohndorf, Bez. Chemnitz;  
Anstellungsbehörde der Gemeinderat; Einkommen  
einschließlich Wohnungsgeld: für Verheiratete  
1950 Mk. Anfangsgehalt, steigend bis 3600 Mk.,  
für Unverheiratete 1800 Mk. Anfangsgehalt, stei-  
gend bis 3400 Mk. Gesuche bis zum 15. März  
an den Gemeinderat.

— **Abhaltung außerordentlicher Wahl-  
fähigkeitsprüfungen.** Für Schulumkandidaten,  
die ihre Reifeprüfung am Seminar 1915 oder früher  
bestanden haben und durch ihre Teilnahme am Krie-  
ge behindert gewesen sind, die Wahlfähigkeitsprüfung  
abzugeben, sollen Ende August, sofern sie dann den  
Nachweis einer wenigstens ein Jahr umfassenden un-  
terrichtlichen Tätigkeit erbringen können, außerordent-  
liche Wahlfähigkeitsprüfungen abgehalten werden. Ver-  
suche um Zulassung sind bis 1. Juni bei dem Be-  
zirkschulinspektor des Aufenthaltsortes einzurei-  
chen. Sämtlichen Kandidaten wird die Ausarbeitung  
des pädagogischen Aufsatzes und der Bericht über Ver-  
arbeiten aus den erwähnten Zeitgeboten der Prü-  
fungsfächer erlassen.

**Bankhaus Bayer & Heinze,**  
Lichtenstein-Callenberg,  
Badergasse 6.  
Hauptgeschäft Chemnitz.  
Schwesterfiliale Burgstädt  
empfehlen  
**mündelmässige Anlagewerte.**

— **Paszwang für Nichtsachsen.** Um der Ge-  
fahr der Zuwanderung weiterer bolschewistischer Ele-  
mente nach Sachsen vorzubeugen, ist die Einführung  
des Paszwanges für Nichtsachsen angeregt worden.  
Bayern und Württemberg sind mit einer solchen  
Maßregel schon vorangegangen und haben sich auf  
diese Weise gegen Zureisende fremder Staatsangehörig-  
keit abgeschlossen. Für ein dem Ministerium zu er-  
haltendes Gutachten sprach sich die Handelskammer  
Dresden ungeachtet der aus einer derartigen Maß-  
nahme für Handel und Verkehr entstehenden Schwie-  
rigkeiten für die Einführung des Paszwanges aus.  
Die gewiß große Belästigung, die dieser Paszwang  
für weite Kreise der Bevölkerung mit sich bringen  
würde, müsse nach Ansicht der Kammer im Sinn  
auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in den  
Kauf genommen werden, wenn nicht das Wirtschafts-  
leben Sachsens durch ein Ueberhandnehmen der bol-  
schewistischen Bestrebungen ein noch weit schwerer  
Schaden treffen solle. Die Kammer setze aber voraus,  
daß es sich bei der Einführung des Paszwanges nur  
um eine vorübergehende Verordnung handle, die bei  
Wiederkehr geordneter Zustände sofort wieder he-  
seitigt werde. Mit Ausnahme der Handelskammer  
Leipzig, die einen grundsätzlich ablehnenden Stand-  
punkt einnimmt, haben sich auch die übrigen säch-  
sischen Handelskammern in diesem Sinne ausgesprochen.

— **Reisegepäckversicherung.** In nächster Zeit  
gelangen bei den Gepäckabfertigungen der Sächsischen  
Staatsbahnen Reisegepäckversicherungsvoiccen der  
Europäischen Güter- und Reisegepäckversicherungs-  
A. G. zum Verkauf, durch deren Lösung das gesamte  
Hand- und aufgegebenes Gepäck eines Reisenden für  
die Dauer von 60 Tagen in einer vom Versicherer  
angegebene Höhe innerhalb ganz Europas also auch  
außerhalb des Eisenbahngewahrrams, versichert wird.  
Die Versicherungsgebühr beträgt 5 Mark für je 1000  
Mark, bis auf weiteres sind jedoch angesichts der  
herrschenden außergewöhnlichen Verhältnisse die drei-  
fachen Gebühren, also 15 Mark für 1000 Mark zu  
entrichten.

— **Die Absperzung der österreichischen  
Grenze** hat nunmehr auch die Einstellung des ge-  
samten Postverkehrs zur Folge gehabt. Oester-  
reichische Zeitungen treffen in Sachsen nicht mehr ein.  
Nach einem Berichte aus Bittau scheint übrigens an  
den einzelnen Grenzübergängen die Absperzmaßnah-

me zwar streng, aber doch nicht immer ganz durchfüh-  
rig gelandhabt worden zu sein. — Aus Pabstie  
tzen wird gemeldet: Seit voriger Woche ist nach-  
dem das tschechische Wachkommando in Rabsbach i. B.  
bedeutend verstärkt worden ist, auch in südwestlicher  
Richtung der Verkehr mit Böhmen ganz gesperrt.  
Zahlreiche Streifen gehen an der Grenze auf und ab  
und suchen auch hier deren Ueberschreiten zu verhindern.

— **Müllern St. Niklas.** (Lehrerwechsel.) Am  
1. Mai d. J. verläßt der seit Ostern 1914 an un-  
serer Schule amtierende Lehrer Rappann unsern  
Ort, um einem Rufe nach Gersdorf zu folgen, wo  
er schon früher einmal — vor seiner Versetzung  
nach hier — amtierte. Man sieht den allgemein  
beliebten und tüchtigen Lehrer nur ungern scheiden.

— **Bernsbach.** (Diebstahl.) Aus dem Güterboden  
hiesigen Bahnhofes ist nachts ein Kübel Butter im  
Werte von über 200 Mark, der für die Gemeinde be-  
stimmt war, gestohlen worden.

— **Brambach.** (Eingestellter Grenzverkehr.) Seit  
gestern morgen verkehren die Eisenbahnzüge Blaun-  
Gauer nur noch bis Bad Elster. Die böhmische Grenze  
ist von tschechischem Militär dicht besetzt, so daß es un-  
möglich ist, hinüber oder herüber zu gelangen. Die  
zahlreichen, in Voitzereuth arbeitenden, in Schöne-  
berg wohnhaften Vogtländer wurden von bis an die  
Zähne bewaffneten Tschechen über die Grenze abge-  
schoben.

— **Chemnitz.** (Diamantene Hochzeit.) Heute Don-  
nerstag begeht Herr G. Spizner, hier, Lutherstr. 51,  
mit seiner Gemahlin, geb. Werner, das Fest der  
diamantenen Hochzeit. Beide Jubilare stehen im  
Alter von 83 Jahren.

— **Dresden.** (Für 100 000 Mark Seide) wurde  
in einer der letzten Nächte aus einem Geschäft in  
der Wettinerstraße gestohlen. Die Diebe haben nur  
die besseren Seidenstoffe ausgewählt, so daß es sich  
um Kenner dieser Stoffe handeln muß.

— **Hartenstein.** (Hühnerdieb.) Dem Gutsbesitzer  
Heinrich Jungbänel sind 17 Hühner im Werte von  
350 Mark gestohlen worden.

— **Delsnig i. E.** (Schachtverkauf.) Wie aus zu-  
verlässiger Quelle verlautet, ist der Hedwig mit  
Friedensschacht in den Besitz der Stadt Leipzig  
übergegangen. Seit einigen Jahren war schon der  
Betrieb infolge des hohen Förderungsaufwandes  
unlohend, trotzdem die Kohle die beste in dem  
ganzen Revier und die bestgeeignete für Berg-  
gung ist.

— **Steinpleis.** (Diebstahl.) Nachts wurde der Gut-  
pächterin Barth, hier, ein 80 bis 90 Pfund schweres  
Schwein und ein tragendes Schaf im Gesamtwer-  
te von 460 Mark gestohlen. Beide sind im Stalle abge-  
schlachtet worden.

— **Zwickau.** (Dachziegel für Lebensmittel.) Einen  
neuen Trick hat ein Lebensmittelgeschwinder ausge-  
führt, der am Dienstag hier aufgetreten ist. Er hat  
einer Schankwirtin vorgeschwindelt, daß er Zucker  
und Mehl zu verkaufen hätte. Der Schwindler hat  
nun ersucht, ihm jemand mitzugeben, um die Waren  
zu holen. Auf dem Wege nach dem Bahnhof hat er  
dem ihm beigegebenen Mädchen den Paketschein ge-  
geben, sich von ihm das Geld für die Waren anshän-  
digen lassen und ist damit verschwunden. Als das  
auf den Paketschein erhaltene Paket geöffnet wurde,  
fanden sich nur Dachziegel darin vor.

## Die hungernden Kinder in Wien.

Das heitere Lachen an der schönen blauen Donau  
ist verstummt. Es gibt „la Kaiserstadt“ mehr, sondern  
nur noch ein Wien, in dem die Hungersnot schreckliche  
Opfer fordert. Wien zählt heute 630 000 Einwohner.  
Die in die Klasse der Minderbemittelten eingereicht  
sind, davon 100 000 Kinder. Wie leben diese Armen?  
Nach einer vorgenommenen Kontrolle essen die mei-  
sten Kinder nur einmal am Tag. Das Essen besteht  
aus einer Portion Rüben und Kohl mit sehr wenig  
Fett geschmeckt. Viele Kinder bekommen nicht ein-  
mal diese Tagesration, denn sie sind noch nicht schul-  
pflichtig oder krank, bzw. haben sie keine Kleider,  
um in die Ausspeisung gehen zu können. Dicht zu-  
sammengedrängt in engen Wohnungen haust die Ma-  
nnt in Wien. In einem Hause wohnen 52 Familien  
mit insgesamt 152 Kindern, in einem andern  
Lande wohnen 62 Familien mit 180 Kindern. Wie  
sieht es in diesen Wohnungen aus? In den meisten  
fehlen die nötigen Betten und das Bettzeug. Die Kin-  
der und Frauen sehen bleich und hohlwauzig aus, sie  
leben vor Hunger und Kälte. Der größte Teil der  
Kinder ist tuberkulös, viele so schwach, daß sie nicht  
einmal die Reise in ein Erholungsheim antreten kön-  
nen. Sie welken hin, wie zarte Pflanzen, denen die  
Nahrung, Luft, Licht und Sonne mangelt. In die  
gerichtliche Klinik werden fast täglich Kinder eingelei-  
fert, die ohne ärztliche Pflege sterben. Auf fallendem  
Kof reitet der Tod durch die Kinderstube von Wien  
und hinter ihm drein erheben sich die geballten Fäu-  
ste der Mütter gegen den Sendboten Englands, daß  
durch eine Hungerblockade eine furchtbare Schuld auf  
sich lädt, der eine noch viel schrecklichere Rache den  
Ausgehungen folgen wird, wenn das Volk aus  
seiner dumpfen Trägheit erwacht.

### Bücherchau.

**Die Vertreter des neuen Deutschlands.** Während früher die gelehrten Berufe die größte Zahl Mitglieder zu den Parlamenten stellten, sind jetzt im Zeitalter der Demokratie viele Männer in der Nationalversammlung, die aus den einfachen Volksschichten hervorgegangen sind wie aus dem jetzt erschienenen Büchlein „Die Nationalversammlung in Wort und Bild“ (Stuttgart, Volksverlag für Politik und Verkehr Mark 1.20) ersichtlich ist. Es ist sehr lehrreich, diese kurzen Biographien zu lesen, deren Interesse noch dadurch erhöht wird, daß das Büchlein auch die Bilder der Abgeordneten enthält. Außerdem findet man darin eine belehrende

Statistik der Wahlen und alles Wichtige über die neue Reichsverfassung.

### Gemeinderatsbericht von Mülten St. Niclas.

Die letzte Sitzung fand im gewöhnlichen Lokal statt und wurden hierbei folgende Punkte sachgemäß erledigt: Dem Verein für hilfsbedürftige Taubstumme wird mit einem Jahresbeitrag von 5 Mark beigetreten. Nachdem der bisherige Ausgeber der Lebensmittel, welche durch den Bezirk an die Gemeinde gelangen, Paul Nagel, sein Amt niedergelegt hat, wird zu dieser Funktion der Werkführer Emil Ebersbach gewählt. — Weiter wird der erste Nachtrag zur

Luftbarkeitssteuerordnung genehmigt. — Ueber Einführung von Stundenlisten für Kohlenhändler entspinnt sich ein längerer Meinungsaustrausch, der damit endet, daß der Vorsitzende beauftragt wird, erst Erkundigungen von auswärtigen einzuziehen, wie dort der Verkauf von Kohlen behandelt wird. — Ein von mehreren Mitgliedern des Gemeinderates eingebrachter Antrag auf öffentl. Abhaltung der Gemeinderats-sitzungen wird zugestimmt und soll ein diesbezüglicher Nachtrag zur Geschäftsordnung eingereicht werden. Vorgeesehen ist, die Sitzungen im oberen Schulhause in einem leerstehenden Zimmer abzuhalten. — Zum Schluß werden die Entschädigungen für Aufwand an Feuerung pp. im Gemeindeamt neu geregelt.

## Freiwillige für Sachsens Grenzschutz!

Noch haben wir keinen Frieden. Noch stehen Feinde auf allen Seiten Deutschlands unter den Waffen. Polen und Tschechen bedrohen unsern jungen Freistaat Sachsen. Die Polen stehen einige Tagemärsche vor Bautzen, die Tschechen haben größere Truppenmassen unmittelbar an der Grenze unseres Heimatlandes stehen.

**Die freie sächsische Republik muß ihre Grenzen selbst schützen!**

Es werden daher freiwillige mobile Verbände aufgestellt; sie führen den Namen

### Grenzjäger-Abteilungen

und sind zu schnellem, tatkräftigem Handeln berufen, falls ein Feind es wagen sollte, das sächsische Vaterland zu gefährden.

Nur wer den Willen zur strengsten Unterordnung und wer sich im Kriege einwandfrei geführt hat, soll sich zum Eintritt melden.

#### Die Gebühren sind ausreichend.

Bei freier Unterbringung und freier Verpflegung werden mobile Gebühnrisse und eine tägliche Zulage von 5 Mark gewährt. Die Bestimmungen des Mannschafts-Versorgungsgesetzes und des Militär-Hinterbliebenengesetzes finden Anwendung. Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärversorgungsgesetze. Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet. Die Freiwilligen-Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer.

50 Prozent aller Kompanie-Offizierstellen können mit älteren im Kriege bewährten Unteroffizieren besetzt werden. Jedem Soldaten wird also in den Grenzjäger-Abteilungen die Möglichkeit gegeben, sich für die Offiziers-Laufbahn vorzubilden und Offizier zu werden, da künftig die Offiziers-Laufbahn jedem Soldaten zugänglich sein wird, der sich für sie eignet.

Als Freiwillige werden nur vollkommen selbstständigen, ausgebildete, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten eingestellt. Die Annahme erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

**Verpflichtung auf die Regierung der Republik Sachsen, zu ihrer Unterstützung im Schutz der Landesgrenzen und in der Sorge für Ordnung und Sicherheit innerhalb ihres Staatsgebiets,**

Unterordnung unter die eingesetzten Führer, denen Soldaten- (Vertrauens-) Räte zur Seite stehen. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit 14 tägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. des Monats. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut. Bei grobem Vergehen des Freiwilligen oder völliger Ungeeignetheit für die Zwecke der Grenzschutz-Abteilung ist der Truppenteil berechtigt, den Freiwilligen sofort zu entlassen.

Meldungen sind schriftlich oder persönlich der Grenzjäger-Abteilung Nr. 1 in Königs-Wartha oder der Grenzjäger-Abteilung Nr. 2 in Weissenberg einzureichen. Die hierzu erforderlichen Formulare sind bei jeder Gemeindebehörde und Stadtverwaltung zu haben.

**Sachsen! Herbei zum Schutze Eurer Familien, Eurer Eltern, von Haus und von Herd! Helft mit an der Sicherung Eurer Heimat und am Bau einer guten sächsischen Zukunft!**

## Sächsische Freiwilligen-Grenzjäger-Abteilungen 1 und 2.

**2 tüchtige Strumpfleger**

**3—4 tüchtige Repassierer**

für seine Strümpfe sucht

**G. A. Bahner.**

300 Ztr.

**Runkelrüben**

sind eingetroffen und empfiehlt dieselben billigst auf **Bahnhof Lichtenstein.**

**Rich. Niescher**  
Heinrichsort, Telefon 340.

**Zitronen**

Interessenten des hiesigen Komun.-Verb. Bezirkes werden gebeten, ihren Bedarf umgehend aufzugeben an:

**R. Arnold, Lichtenstein-C.**  
Postfach 10.

**Pianino**

oder Flügel zu kaufen gesucht. Angebote unter „P. 1“ an die Geschäftsstelle d. S. Bl. erbeten.

**Für 15 Pfg.**

erhalten sie ein Probeheft des vorzüglichen „Buch-Romans“ wenn Sie es bei uns oder unsern Trägern verlangen. Sie werden sehen, daß sich daraus auf ganz billige Weise

**eine wertvolle Bücherei** anlegen können.



Ein neuer  
**Tanzlehr-**  
**Kursus**  
beg. Mitte März.  
Ergebenst  
**Th. Bodenschlag**

**Ein Piano**

oder besserer Flügel zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an **G. Langer, Hohenstein-C., Badgasse Nr. 3.**

**Simbeer-Pflanzen**

empfiehlt  
**Ernst Schramm**  
Mühlener Straße.

Suche ein  
**Mädchen**

in die Landwirtschaft, welches in allen Arbeiten zuverlässig ist.  
**H. Herrmann, Gersdorf 218.**

## 1. Glauchauer Preis-Wettskaten

im Hotel „Bayrischer Hof“ Thalstrasse und Gasthaus „Turnhalle“ Turnerstrasse

10 Minuten vom Bahnhof vom **9. März** ab jeden **Sonntag, Montag** und **Mittwoch** bis zu dem Tage, an welchem der tausendste Tisch abgespielt wird.

Spieldauer: 1000 Tische.  
Günstige Gewinnchancen.

**1. Preis: 800 Mark.**

1 Tagesprämie! 10 Sonderpreise!  
Preis der Platzkarte 3,75 Mark.

Alle Skatbrüder laden zu regen Besuch freundlichst ein

**Emil Fleker**  
„Bayrischer Hof.“

**Otto Krebs**  
„Turnhalle.“

Nach langem, schwerem Leiden verschied am Dienstag abend 1/2 11 Uhr meine liebe, treue Lebensgefährtin, unsere heißgeliebte, treusorgende Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

**Minna Anna Köhler**

geb. Winkler,  
in ihrem 40. Lebensjahre.  
Heinrichsort, am 4. März 1919.

In namenlosem Weh:

**Otto Köhler und Kinder**  
nebst allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr statt.

Ein sanfter Tod erlöste meinen lieben Mann, unseren lieben und treusorgenden Vater, Bruder, Schwager, Schwieger- und Großvater, den

Privatmann

**Ferdinand Ackermann**

von seinem jahrelangen schweren Leiden.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

St. Egidien, Jüdenhain, Zwickau, Mittelfrohna, Thierbach, Dittersbach und Linda, den 5. März 1919

die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung unseres teuren Entschlafenen erfolgt Sonnabend, den 8. März nachmittags 1/2 3 Uhr vom Trauerhause aus.

Das Buch „Die sächsische Grenzschutz-Abteilung“ von G. A. Bahner, 1918, ist in allen Buchhandlungen zu haben. Preis 1,50 Mark. Bestellungen an: G. A. Bahner, Heinrichsort, Telefon 340.